

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

16.3.1925 (No. 63)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Erpedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. e. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Rückstellungen tarifreier Post, der als Kartierabgabe gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausschließung, Malschneidung, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Die Tagung des Völkerbunds und Deutschland

Die Völkerbundstagung in Genf hat eine Reihe von Fragen unentschieden gelassen und ihre Erledigung der nächsten Tagung reserviert. Dazu gehören die Beschwerden über das Regime an der Saar, die Differenzen zwischen Polen und Danzig und die Frage der Entwaffnungskontrolle. Was die Beschwerden wegen der Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet betrifft, so wird die Saarregierung aufgefordert, dem Völkerbundsrat für seine nächste Tagung einen Bericht vorzulegen, in welchem auszuführen ist, mit welchen Mitteln die Regierung ohne die französischen Truppen die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten könne, wobei die Möglichkeit zu erwägen sei, fremde Truppen außerhalb des Saargebietes im Notfall heranzuziehen. Dem Sinne nach bedeutet dieser Entschluss ein gewisses Entgegenkommen für Deutschland. Denn, wenn man die erwähnte Möglichkeit, fremde Truppen rasch zur Hilfe heranzuziehen, wirklich in Rechnung setzt, wird sich die künftige Anwesenheit französischer Truppen von der Saarregierung wohl nicht mehr begründen lassen, zumal ihr eine Vermehrung der lokalen Gendarmerie um 240 Mann genehmigt worden ist.

Was die Danziger Frage anlangt, so sind die Differenzen noch nicht endgültig entschieden worden. Zumindest ist es erfreulich, daß Polen mit seinen Forderungen nicht durchdringen konnte. Ebenso richtig ist es aber auch, wenn gesagt wird, daß diese Politik der langen Bank Polen nur zu neuen Überheblichkeiten verleiten werde. An der Absicht Polens, Danzig vollends einzufassen, ist nicht mehr zu zweifeln. Auf der anderen Seite hat sich allerdings die Erkenntnis, wie unangenehm die territorialen Bestimmungen des Friedensvertrags im Osten sind, zumal in England immer mehr und mehr Bahn gebrochen. Es ist eine konservative Zeitschrift, der Londoner „Observer“ der jetzt ganz unverbohlen davon spricht, daß der sogenannte „polnische Korridor“ zu Unrecht Deutschland weggenommen worden sei, und daß auch die Entscheidung in der ober-schlesischen Teilungsfrage revidiert werden müsse.

Ebensowenig genehmigt hat man sich in der Frage der Völkerbundsaufricht über die Entwaffnung der besiegten Länder. Während Frankreich und seine Klienten den Standpunkt vertreten, daß bei einer Verhängung von Sanktionen die Mehrheit entscheiden könne, haben England und die anderen Mächte an der wahrlich richtigeren Auffassung festgehalten, daß bei derartigen wichtigen Beschlüssen die Einstimmigkeit gefordert werden müsse. Ähnlich ist es mit der Kontrolle des entmilitarisierten Rheinlands. Frankreich will hier ein dauerndes Kontrollsystem, während England nur für Untersuchungen auf Antrag zu haben ist.

In der Angelegenheit des Genfer Protokolls hat die Völkerbundstagung einen gewissen Abschluß erzielt: das Protokoll ist erledigt. Und seine Wiedererweckung zum Leben ist kaum zu erwarten. An seine Stelle ist der Vorschlag der „Fünfmächtepakts“ getreten. Das britische Kabinett hat sich in seiner großen Mehrheit, und zwar unter Überstimmung Chamberlains, der einen Pakt ohne Deutschland also ausgesprochen. Und Chamberlain hat diesen Standpunkt seines Kabinetts in Genf vertreten müssen.

Am bedeutendsten ist natürlich der Beschluß des Völkerbundsrates in der Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Dieser Beschluß schafft nunmehr glatte Bahn für den Eintritt. Erstens wird die bekannte Note Deutschlands vom 12. Dezember 1924 vom Völkerbundsrat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Zweitens wird uns die Stimme im Völkerbundsrat in der diplomatischen Form, die hier allein nach Lage der Dinge in Betracht kommen kann, zugesichert. Drittens werden uns keine Bedingungen gestellt werden. Und viertens werden unserem Gefühl nach die von der deutschen Reichsregierung an sich mit Fug und Recht vorgebrachten Bedenken bezügl. des Artikels 16 des Völkerbundsstatuts entkräftet.

Dieser Artikel fordert von den Mitgliedern des Völkerbundes für den Fall von militärischen Strafmaßnahmen freien Durchzug und etwaige militärische Teilnahme an der Strafaktion. Nun ist es ganz richtig, daß man einem, entwaflneten Deutschland bei derartigen

Aktionen nicht das Gleiche zumuten kann, wie einem anderen Staat, der über eine volle militärische Ausrüstung verfügt. Der Völkerbundsrat gibt uns jedoch zu verstehen, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbunds durchwegs die Möglichkeit habe, im Falle einer solchen Strafaktion eine besondere Rücksichtnahme zu verlangen und auch durchzusetzen, zumal ja die Beschlüsse des Rats einstimmig zu fassen sind.

Wenn nicht noch neue Schwierigkeiten auftauchen, Schwierigkeiten, die wohl nur von Frankreich ausgehen könnten, steht dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund jetzt nichts mehr im Wege. Und wir glauben kaum, daß die deutsche Reichsregierung ihrerseits zögern wird, den Antrag um Aufnahme in den Völkerbund in der durch die Satzung vorgeschriebenen Form zu stellen.

Das Sicherheitsproblem

Die Pariser Verhandlungen

Die Verhandlungen über das Sicherheitsproblem, den Kontrollbericht und die Räumung von Köln dürften in den nächsten Tagen in den in Paris zwischen Herriot und den Außenministern Englands, Polens und der Tschechoslowakei stattfindenden Unterredungen in ihre entscheidende Phase eintreten. Am heutigen Montag nachmittags wird Herriot den in der vergangenen Woche eingeleiteten Meinungsaustausch mit dem englischen Außenminister Chamberlain fortsetzen, und am Abend den tschechoslowakischen Außenminister Beneš empfangen. Die Aussprache mit dem polnischen Außenminister Stronski ist auf Mittwoch in Aussicht genommen, und es verläut, daß Beneš daran teilnehmen wird. In unterrichteten Kreisen glaubt man jetzt der „Frankf. Ztg.“ zufolge, daß es in der Unterredung zwischen Chamberlain und Herriot, wenn auch noch nicht zu einer definitiven Verständigung über den Garantievertrag, so doch wenigstens zu einer grundsätzlichen Einigung über die Festlegung der Bedingungen, von denen die Räumung von Köln abhängig gemacht werden soll, kommen wird.

„Enttäuschungen“ des „Matin“

Der Pariser „Matin“ bringt „Enttäuschungen“ über einen angeblichen Wink im englischen Kabinett zur Sicherheitsfrage. Darnach habe Chamberlain, der für einen englisch-französischen Pakt gewesen sei, im Kabinett besonders durch Churchill und Curzon eine „blutige Niederlage“ erlitten, und habe deshalb Herriot in Paris am 6. März nichts anbieten können. Bereits in den ersten Wochen des September habe Lord D'Abernon, ohne das Foreign Office benachrichtigt zu haben, aber im Einverständnis mit seinen Freunden von der Gruppe Lloyd Georges die deutsche Regierung von der Notwendigkeit unterrichtet, hier etwas Entscheidendes zu tun, damit den Gefahren eines französisch-englischen Paktes begegnet werden könne, dessen eifriger Anhänger Chamberlain sei. Infolge dieser Tatsächliche hätte der deutsche Vorkaufser Stahmer am 30. 1. die bekannte Demarche bei Chamberlain unternommen und Geheimhaltung gefordert. Aber Chamberlain als loyaler Freund Frankreichs habe sofort den französischen Vorkaufser in Kenntnis gesetzt. — Der Gewerksmann des Matin-Berichterstatters will wissen, daß Chamberlain zu seiner Überberachtung in Genf entbedt habe, daß die Mehrheit der Kleinen Staaten eine gemeinsame Front mit Frankreich bilde. Infolge der ministeriellen Front müsse Chamberlain vor der Regierung die Verantwortung für eine Politik tragen, die seinen Ansichten entgegenstehe. Chamberlain könne Herriot auch bei seiner heutigen Unterredung keine konkreten Vorschläge unterbreiten, sondern im Gegenteil nur den Unterschied betonen, der zwischen der französischen Sicherheitslehre und der Chamberlain von seinen Kollegen aufstrotzenden Politik liege.

Eine englische Stimme

Der diplomatische Berichterstatter des Londoner „Observer“ schreibt zu der heutigen Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Herriot, die entscheidende Frage sei, ob Frankreich zustimmen werde, daß ein Unterschied zwischen den westlichen und östlichen Grenzen Deutschlands gemacht werde. Ein Argument zu Gunsten dieses Vorfahrens, das Chamberlain vermutlich morgen vordringen werde, falls eine gute Atmosphäre vorhanden sei, sei, daß Polen auf die Dauer einen vorteilhaften Handel machen werde, wenn es Deutschland den Korridor und dem jetzigen Polen zugewiesene Teile Oberschlesiens zurückgeben werde. Unter den jetzigen Verhältnissen gleiche Polen einem Vulkan, wenn Polen den Preis zahle, der allein einen Sicherheitspakt ermöglichen werde es selbst Sicherheit haben. Dies seien die Richtlinien, die für Chamberlains Politik maßgebend seien.

Der „Observer“ führt ferner in einem Zeitartikel aus, jeder Rückblick auf die Geschichte der neuen Zeit bilde eine Warnung für die Ausnieher des Versailles Vertrages, Gewalt sei nicht das geeignete Mittel, um den Frieden aufrecht zu erhalten. Alles, was im Vertrag gut und richtig sei, werde durch seine Fehler und Unrichtigkeiten gefährdet. Die Beseitigung der letzteren sei wesentlich für die Konsolidierung in Europa, insbesondere im Osten. Den Rat, den man Polen erteilen müsse, sei, daß es ein Tod bringendes Geschenk erhalten habe in der Gestalt von Grenzlinien, die geeignet seien, gerade im Augenblick der Wiedergeburt Polens die Segnerhaft Deutschlands und Auslands wieder zu beleben. Man müsse Polen den Rat geben, der Deutschland 1871 wiederholt erteilt wurde, zu erwägen, ob die territoriale Regelung wirklich klug sei.

Der südwestdeutsche Republikanertag

Karlsruhe hat vorgestern und gestern eine Republikanertagung erlebt, wie sie imponierender die badische Landeshauptstadt wohl bisher noch nicht erlebt hat. Rund 8000 Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold waren aus ganz Südwestdeutschland zusammengeströmt, um bei der Gaubannerweihe am Sonntag Zeugnis abzulegen von ihrer republikanischen Gesinnung.

Das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ ist heute wohl die größte und stärkste Männerorganisation, die es in Deutschland gibt. Der republikanische Gedanke hat gerade im letzten Jahr eine Zugkraft entwickelt, die man sich früher wohl nicht für möglich gehalten hätte. Vor allem sind es die republikanisch gesinnten Frontsoldaten, die dem Reichsbanner angehören. Dann aber ist es vor allem die Jugend, die ihm zuströmt. Denn sie findet dort in gleicher Weise eine Befriedigung ihrer republikanischen Gefühle und ihrer Vaterlandsliebe. Das nationale Gefühl auf republikanischer Basis zu pflegen, ist sicher die Aufgabe des Reichsbanners, die ihm auch in Zukunft eine überragende Stellung im Leben unseres Volkes sichert.

Vor einer solchen Aufgabe müssen, wenn sie recht erfaßt und richtig durchgeführt wird, die Unterschiede der Parteien zurücktreten. Jede Partei kann, sofern sie selbst auf republikanischem Boden steht, ihre Mitglieder in das Reichsbanner entsenden. So sehen wir denn ja auch, daß in den meisten Fällen, Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumsleute einmütig im Reichsbanner zusammenarbeiten, zum Wohle ihres Vaterlandes und zum Schutze der Republik. So wird der republikanische Gedanke am besten populär. Er wird nicht mehr als eine Sache des Verstandes betrachtet, sondern als eine Angelegenheit des Gefühls aufgefaßt und so in die Masse, und vor allem in die Jugend getragen.

In Baden hat sich das Reichsbanner besonders mächtig entfaltet. Und hier sind es denn auch die republikanischen Staatsbehörden selbst, die mannhaft und ohne Scheu für das Reichsbanner eintreten. Schon allein die Liste der Männer, die in Artikeln zur Südwestdeutschen Republikanertagung das Wort ergriffen, und noch mehr die Rednerliste bei der Gaubannerweihe selbst zeugen klar und deutlich, daß bei uns in Baden alle drei regierenden Koalitionsparteien der großen republikanischen Organisation mit Wohlwollen gegenüberstehen, und zwar mit einem Wohlwollen, das sich nicht bloß platonisch, sondern auch durch die Tat äußert.

Wie schon gesagt, war die Beteiligung der Mitglieder und Freunde des Reichsbanners an der Tagung ungemain groß. Die Festhalle hat wieder einmal für die Zahl der Erschienenen nicht ausgereicht, so daß Parallelveranstaltungen abgehalten werden mußten. Der Verlauf der Tagung war harmonisch und deshalb noch umso wirkungsvoller. Dieser Wirkung wird sich niemand entziehen können. Von neuem haben die geschworenen Feinde der Republik — deren Zahl übrigens erheblich geringer ist, als manchmal angenommen wird — gesehen, daß der neue Staat, nicht nur in staatsrechtlichen Institutionen, sondern in den Herzen der Massen des Volkes verankert ist.

Der Fackelzug am Samstag abend

Der Vorabend, der Samstag abend, brachte einen großen Fackelzug, der durch die flagengeschmückten Hauptstraßen der Stadt ging, die trotz der winterlichen Witterung und Schneefalls von einer dichten Menschenmenge umrahmt waren. Rund 2000 Fackelträger nahmen daran teil und das Bild des zwei Kilometer langen Zuges mit seinen zahlreichen Musikkapellen war außerordentlich eindrucksvoll. In der Nacht traf Bundespräsident Göring ein und wurde von Fackelträgern nach seinem Quartier begleitet.

Die Feier am Kriegerehrhof

Der Sonntag wurde durch Choräle von den Türmen des Rathauses und der katholischen Stefanikirche eingeleitet. Darauf zogen die Gruppen am Vormittag zu den schneebedeckten Kriegerehrhöfen hinaus, wo Pfarrer Kappes die Gedächtnisrede auf die toten Kameraden hielt. Dann senkten sich die schwarz-rot-goldenen Banner über die Gräber und Kränze mit schwarz-rot-goldenen Schleifen wurden niedergelegt. Die schlichte Feier hinterließ bei allen Teilnehmern einen tiefen Eindruck.

Der Festzug

Nach dem Gedächtnisakte formierten sich um die Mittagsstunde die Teilnehmer zum Festzuge durch die Hauptstraßen der Stadt nach der Festhalle und dem Kongreßhaus. In unübersehbarer Reihe bewegten

sich die Ortsgruppen mit ihren Fahnen, darunter auch die alten Fahnen von 1848 und die historische Hambacher Fahne von 1832, durch die Hauptstraßen der Stadt. Der Festzug nahm seinen Weg am Rathaus vorbei, auf dessen Vortreppe sich u. a. Bundespräsident Hürtgen, Staatspräsident Professor Dr. Sellpach und Finanzminister Dr. Köhler eingefunden hatten. Ein Bald von schwarz-rot-goldenen Fahnen bewegte sich durch die Straßen. Die musterhafte Marschdisziplin der Teilnehmer fand allenthalben Anklang. U. a. war Rammheim mit 1900 Mann vertreten. Stärkere Kontingente stellten auch Heidelberg, Bruchsal, Forstheim, Durlach, Ettlingen, Bretten, Offenburg, Schwenningen, Lahr, Badenburg, Baden-Baden, Freiburg. Besonders begrüßt wurden die Pfälzer, die auch die Pfalz-bayerischen Farben mitführten. Die öffentlichen Gebäude und zahlreiche Privatgebäude trugen reichen Flaggen Schmuck. Tadellos klappten die Ordnungsmassnahmen der Polizei.

Im dicht gefüllten großen Festhalleaal fand anschließend im Rahmen eines würdigen Festprogramms

die Gaubannerweihe

statt. U. a. waren als Ehrengäste Staatspräsident Professor Dr. Sellpach, Innenminister Kemmele, Finanzminister Dr. Köhler, Landtagspräsident Dr. Baumgartner und Bürgermeister Sauer zugegen. Der Einzug der Ortsgruppen, besonders der alten Fahnen, wurde mit feierlichen Heilrufen und Gendelstischen begrüßt. Im Konzerthaus und im „Friedrichshof“ fanden Parallelveranstaltungen statt.

Der Gauführer Dr. Kraus-Rannheim hieß nach dem Freiheitsmarsch von Richard Wagner's „Mein“, stürmisch wie alle folgenden Redner begrüßt, die Versammlung herzlich willkommen. Er gedachte, während sich die Anwesenden von den Sätzen erhoben, des verstorbenen Reichspräsidenten und schloß mit dem Gelübnis des unentwegten Kampfes für das Werk Eberts.

Dann ergriff der badische Staatspräsident Dr. Sellpach das Wort. Er hieß die Teilnehmer im Namen der badischen Regierung herzlich willkommen und feierte die Farben Schwarz-Rot-Gold als Sinnbild der deutschen Nation. Es gehe heute darum, ob die Republik nur eine äußere Hülle sein soll, in der der alte Obrigkeitsstaat wieder aufgebaut, oder ob die Republik der wahrhafte Ausdruck des in der Demokratie sich selbst bestimmenden Volkes sein soll. Dabei darf der großdeutsche Gedanke nicht vergessen werden. Wenn dieser Gedanke je einmal verflüchtigt wäre, dann wäre das Reichsbanner nicht wert, die Farben schwarz-rot-gold zu tragen. Nur in Freiheit kann das neue Deutschland gedeihen und emporkommen. Wer groß werden will, für den gibt es nur einen Weg: durch Freiheit zur Größe.

General von Deimling

Er belannte sich unter Abwehr der Angriffe, die aus Offizierskreisen gegen seine Person erhoben werden, als begeisterten Anhänger des Reichsbanners und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Macht des Reichsbanners nicht ohne Einwirkung auf die republikanischen Parteien im Reichstag bleiben werde. Empörend sei, daß die Reichskreise sich anmaßen dürfen, sie seien allein national. Das Reichsbanner ist vaterländisch, es muß sich bewähren, daß es eine Macht ist. Je uneiniger die Parteien sind, desto einiger wollen wir im Reichsbanner zusammenhalten.

In der Reihe der Redner folgte Finanzminister Dr. Köhler,

der betonte, Großdeutschland sei unsere Sehnsucht und unser nationales Streben. Ein Preußen-Deutschland wollen wir nicht wieder. Als Fahnenpruch gab der Redner dem Banner den des Hambacher Festes: Deutschlands Wiedergeburt. Er ist die Parole des Reichsbanners. Arbeiter halten diese Fahnen, Millionen deutscher Arbeiter, und die Schaffenden alle — wiederum Millionen — sind ihre Hüter. Es ist der Sinn des Volkstaates — des Staates des Volkes — überhaupt, daß die Schaffenden ihr Werk hüten und immer weiter vollenden. So wird die juristische Demokratie der Verfassungsparagraphen erst belebt durch den tätigen Volkssdienst der Millionen, die sich ohne Aufruf, nur aus dem tiefen Gefühl der Liebe zum Staat, zu ihrer Republik, zusammenscharen. In diesem Sinne das Reichsbanner und seine Tätigkeit aufgefaßt, vollbringt es die deutscheste und ehrenvollste Tat, die Bürger eines Staates vollbringen können. Viele, gar zu viele, bringen angelehnt dessen den Mut noch nicht auf, frei und offen zu bekennen, was auch in ihrer Brust schlägt. Daß unter diesen auch solche sind, die der Republik und ihren Farben in den Tagen der Gefahr einst zuzubekennen und dieser Republik Leben und die Erhaltung ihres Bestandes verankern, sei nur festzustellen. Reichsbannergeist ist echter Vaterlandsgest, ist Geist des Opferstills für alle. In diesem Jahre sind 1000 Jahre verfloßen, seit das Rheinland endgültig deutsches Reichsland wurde. Am Rhein wurde von den schwarz-rot-goldenen Deutschen die Ruine des Kölner Domes, einst das Zeichen deutscher Ohnmacht, erneuert. Zu diesem Jahre wird die schwarz-rot-goldene Fahne wieder vom hohen Dom im heiligen Köln flattern und die Rheinlandschlode wird ihr tiefes deutsches Lied ertönen lassen; das neue Deutschland wird dort eingeläutet werden. Die Freiheit des Rheins ist die Freiheit der deutschen Republik. Und das muß die zeitpolitische Aufgabe des Reichsbanners sein: Haltet wach den Glauben an die deutsche Freiheit!

Schließlich sprach Bundespräsident Hürtgen,

der in kurzen Zügen den Werdegang des Reichsbanners festzeichnete und feststellte, daß seit dem einen Jahre Reichsbanner die politischen Zustände in Deutschland doch ein klein wenig besser, anständiger und menschlicher geworden seien. Die Aufgaben des Reichsbanners sei nicht die Gemaltenweidung, sondern der Schutz des Bestehenden. Der Redner warnte vor der Wahlmüdigkeit im ersten Wahlgang des Reichspräsidenten. Behauerlich sei, daß die Republikaner sich zur Präsidentenwahl nicht auf eine Einheitskandidatur haben einigen können. Allerdings ein großes Unglück ist mit der Aufstellung mehrerer republikanischer Kandidaten nicht geschehen. Es kommt nur darauf an, daß sich die Republikaner im zweiten Wahlgang einigen und einen Mann wählen, der republikanisch absolut einwandfrei ist.

Die Bannerweihe

Den Höhepunkt des Festes bildete die darauf vollzogene Bannerweihe, wobei der Oberpräsident Hürtgen ein begeistert aufgenommenes Hoch auf das deutsche Vaterland und die deutsche Republik ausbrachte. Der Festakt vollzog sich unter Darbietungen eines Bläserchors, Orgelbegleitung und Weihenreden. Zum Schluß sang die Volkssingakademie Brügers „Hymne an die Republik“. Unter stürmischen Beifall und Gendelstischen und unter den Klängen eines Festmarsches beliehen dann die Fahnenabordnungen den Saal.

Den Schluß des Tages bildete die Aufführung der Meisterlieder im Festsaal.

Bei der Feier im Konzerthaus sprach Reichstagsabgeordneter Schöpflin und später General von Deimling. Im „Friedrichshof“ sprach Gauvorsitzender Dr. Kraus und später Reichstagsabg. Schöpflin.

Bergauf die Straße!

Unter dieser Überschrift hat Innenminister Kemmele im Karlsruher „Volkstreu“ zur Begründung des südwestdeutschen Republikanertags folgenden Artikel veröffentlicht.

Wie eine reife Frucht fiel dem deutschen Volk die republikanische Staatsform in den Schoß. Seit dies geschehen, mußte um die Erhaltung derselben stets gekämpft werden. Dabei änderte sich natürlich fortwährend die Form der Verteidigung, je nachdem die Angriffsbasis sich gestaltete.

Nach der Umwälzung hielten es die Arbeiterräte für opportun, die vorläufige Volksregierung zu „kontrollieren“. Dadurch suchten die Arbeiterräte — bald danach auch die Bauernräte — mit den zuerst auf dem Plan gestandenen Soldatenräten im Wettbewerb die neue Landespolitik zu beeinflussen. Das verließ nicht immer glatt.

Heimwärtskehrende Feldtruppen durchzogen das Land; an den Straßen entlang und auf den Bahnhöfen häuften sich hordenloses Kriegsgeschehen. Ein illegaler Handel mit Lebensmitteln, mit Militärpferden und mit militärischen Ausstattungsgegenständen war in Schwunge. Von diesen Werten für das Reich zu retten, was möglich war, dafür bedurfte es der Mobilisierung von Arbeiter- und Soldatenräten. Andere Hilfskräfte gab es damals kaum.

Viele fühlten sich berufen zur Führung des Volkes — Professoren, Studenten, Schriftsteller — politische Sendboten mit irgendwie und irgendwo gestempelten Ausweispapieren, die zeigen wollten, wie die Republik auf die Beine zu stellen sei. Offiziere boten ihre Dienste an. Es war aber wichtigeres zu tun, als zu diskutieren. Die damals im Großherzoglichen Schloß gelegenen Büros der Arbeiterräte-Landeszentrale sahen zu halten von unruhigen Zeitverweilern war mitunter keine einfache Sache. Und geht die nicht willig, dann braucht ich Gewalt“, hieß es denn auch mehr als einmal.

Spätlich suchte sich festzusetzen. Die Auswirkung der in zwei Lager gespaltenen Sozialisten ließ innerhalb der Arbeiterräte die einmal gegebene Marschrichtung oft sehr schwer einhalten. Auf deren Landesversammlung ging es daher halb recht halb her. Meisterräte von Dialektik wurden gezeigt — in heftiger Leidenschaft; nicht selten bildeten hierbei die Soldatenräte den ruhenden Pol.

Starke Arbeitermassen drängten bald nach links ab. Die Aufschreie in Berlin, später in München, wickten wie Wellenschlag auf die Gemüter der Menschen. In Mannheim wurde die Räterepublik ausgerufen, Zeitungsbetriebe besetzt, Gefängnisse geöffnet. Arbeiter richteten Maschinengewehre auf Arbeiter. Es floh Müll. Einem eingekerkerten Feuerbrand gleich pflanzte sich die Revolte durch das Land fort.

Solche Stunden der Not erforderten starken Entschluß, ein Schwanken durfte es nun nicht mehr geben. Aus den Trümmern des alten Heeres wurden Freiwilligen-Bataillone gebildet. Verrat! Reaktion! So hieß es nun. Peter und Paul, die scharf der militärisch ausgerüstete Volkseinst, weil nun Handgranaten gegen Handgranaten geschossen wurde.

Die Freiwilligenbataillone mußten nach dem Spruch des Feindbundes aus der neutralen Zone. An deren Stelle trat die Gruppenpolizei; die Volkswachen hatten in ihre aufzugeben. Diese Entscheidung sowie manch eine Detailregelung ward jetzt in den Reihen der Republikaner bitter über empfunden. Doch was half das? Das Volk hatte wieder sein Parlament, das Land eine Verfassung! Die Legalität der Gewalte ließ nicht Raum für eine weitere Erhaltung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. In der Runderbetämpfung war nach eine Zeitlang zu tun.

Dann die Einwohnervewehrer! Neben Republikanern hatten sich in ihnen monarchistische Kreise eingeschoben, um, wie wir einmal gesagt wurde, die wackligen Ministerstühle zu stützen, damit jenseit erles weiteres Unheil verhütet blieb. Wie es mit der Einstellung dieser Wehren zur Republik stand, war nicht überall und immer ganz klar zu erkennen. Der Kampfbüch brachte zwar keine Enttäuschung, doch besser ist besser! Keine Aufschreie vor sich auf Widerstand — auch im Landtag. Heute hat das badische Volk in seiner Polizei und Gendarmerie eine gut ausgebildete und, wie ich wohl annehmen darf, für den Schutz der Republik zuverlässige Macht. Doch diese Macht allein schafft es nicht.

Außenpolitischer Druck, wirtschaftliche Verelendung, Währungsverfall und Korruption brachte das wertvolle Volk an den Rand der Verzweiflung. Gestützt auf diese hofften deutsch-völkische Kreise, die Restauration der Monarchie ihrem Ziele zuführen zu können. Viele der Gestalten, die im toll aufgewühlten Hexenkessel des Revolutionsjahres oben auf geschwommen und abgeduscht worden waren, fanden sich im deutschvölkischen Lager wieder obenan. Was auch geschehen mochte im Kampfe gegen die Auswanderung des Volkes, es wird sabotiert. Was eine von den Deutschenationalen beeinflusste Regierung Luno mit den Ruhrkämpfen zugebe gebracht hatte, das freidete man den Republikanern aufs Konto.

So dröhte gegen Ende des Jahres 1923 die Republik unterzugehen. Das Werk der Kommunisten in Thüringen und in Sachsen fand sein Echo im Aufmarsch der Reichswehr, die südlich der Mainlinie geworbenen deutsch-völkischen Freikorps fanden in Nordbavarn mobilisiert, hartend des Ruhs aus dem Norden zum „großen Heimemachen“.

In höchster Not, geradezu in zwölfter Stunde, trat das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in die politische Arena. Was es bisher schon aufgestellt hat an Massen, was es geleistet an Entgiftung der geistigen Atmosphäre, das findet in der deutschen Geschichte kein Gleichnis. Schwarz-Rot-Gold steht kampfbereit gegen Schwarz-Weiß-Not. Republikaner in Reich und Glied gegen formierte Monarchisten! Wäre es ohne solche Abgang im Leben der jungen Republik, wenn hätte das nicht lieber sein können als den Männern im Reichsbanner, welche die schwere Bürde von Arbeit und Verantwortung tragen. Lubendorf, Deutschlands Unglücksstabe, und was um ihn herumflucht, sind als ungenaukte Geburtshelfer des republikanischen Massenaufruchs anzusehen.

Es drohte in den letzten 6 Jahren das Reich zu zerbrechen. Es wurde allemal gerettet. Nicht minder oft drohte der republikanischen Staatsform Gefahr. Diese wurde immer wieder gemindert. Die alten Gewalten wollen wieder zurückholen, was sie in blöder Verkennung verlorren und verlernt haben. Es ist physische Arbeit wird das bleiben. Demokratische Freiheit, soziales Recht und menschliche Würde werden triumphierten über freilebende Agitation der wirrer Köpfe. Die Fundamente des neuen Staates bestehen. Auf sie das Gebäude derselben zu setzen, geht nicht ohne Mühe und Kampf, sei es drum, es muß gelingen!

Zur Reichspräsidentenwahl

Weitere Kandidaten

Wir aus München gemeldet wird, fordert Hitler im „Bayerischen Kurier“ die Aufstellung eines besonderen deutschvölkischen Kandidaten, in dem sich der freie Wille des deutschen Volkes verkörpere. Am Sonntag hat Lubendorf im Stillerorgan eine Rundgebung veröffentlicht, in der seine ganze Kraft für das Volks- und Staatswohl zur Verfügung stellt. Hitler selbst hat alle bisher genannten Kandidaten scharf abgelehnt. Es heißt, daß die offizielle Aufstellung Lubendorfs als Kandidat der Reichspräsidentenwahl der Reichspräsidentenwahl als

Der Landesauschuß der Bayerischen Volkspartei hat am Samstag einstimmig beschlossen, für die Wahl des Reichspräsidenten am 29. März als Kandidaten den bayerischen Ministerpräsidenten Seid aufzustellen. Die Zustimmungserklärung des anwesenden Ministerpräsidenten Seid wurde mit stürmischem langandauernden Beifall aufgenommen.

Aufrufe

Der Reichspräsident der Reichsparteien erläßt einen Aufruf an das deutsche Volk zur Wahl von Dr. Jarres zum Reichspräsidenten. Der Aufruf trägt die Unterschriften des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Landarbeiter, des Jungdeutschlandbundes, verschiedener Hochschullehrer, der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands, des Deutschen Offizierbundes, des Reichslandbundes, des Bervolk, des Reichsverbandes der deutschen Volksschullehrerinnen, des preussischen Verbandes der Haus- und Grundbesitzervereine, des Deutschenationalen Handlungsgesellenverbandes, des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes, des Deutschen Handwerkerbundes, des Nationalbundes deutscher Offiziere, des Reichs-Offizierbundes, des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und des ehemaligen Reichskanzlers Michaelis.

In dem Aufruf der Deutschen demokratischen Partei heißt es u. a.: „In dem badischen Staatspräsidenten Sellpach haben wir einen Bewerber aufgestellt, der Träger der großen nationalen demokratischen und liberalen Gedanken unserer Zeit ist. Sellpach lehnt es ab, die Interessen einer Klasse, eines Standes, eines Berufs und einer Konfession zu bevorzugen. Er ist ein Mann der Gemeinschaftsarbeit aller Bürger zwischen denen, die nach rechts und links auseinanderstreben, steht er den jenseitigen Weg der Mitte. Er ist innerlich ein überzeugter Anhänger der Weimarer Verfassung und wird ein Hüter dieser Verfassung sein. Sellpach vertritt augenblicklich den demokratischen und liberalen Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der freien Völker. Er ist ein Käufer und Bahnbrecher für den Großdeutschen Gedanken der Erfüllung des hundertjährigen Einheitsstraumes der deutschen Nation. Wir haben ihn herangestellt, nicht, als Träger einer Parteifähne, sondern als einen Mann, der den besten deutschen Gedanken und die beste deutsche Arbeit in sich verkörpert, und der in seinem ganzen Wesen ein wahrhafter Vertreter der deutschen Nation ist.“

Politische Neuigkeiten

Gehler über die deutsche Wehrmacht

Im Überflus in Hamburg hielt Samstag, Abend Reichswehrminister Gehler einen Vortrag über die deutsche Wehrmacht. Er legte eingehend die mannigfachen Schwierigkeiten dar, denen er sich bei seiner fünfjährigen, der Konsolidierung der Reichswehr gewidmeten Arbeit gegenübersehen habe. Die Frage nach Wert und Existenzberechtigung einer solchen allermodernen Kampfmittel beraubten Wehrmacht, eine Frage, die in dem Augenblick wieder auf werde, wo der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Teilnahme an den Sanktionsmaßnahmen des Völkerbundes wieder erwogen werde, sei eine solange müßig, als nicht das Problem der allgemeinen Abrüstung gelöst sei. Der Minister hob die demütigende Art der Kontrollmaßnahmen hervor und betonte das Verdienst, das sich General Seekt dadurch erwarb, daß er den jugendlich romantischen Vorstellungen von einer Wehrkraft mit sachlichem Ernst entgegentrat. In heimliche Klüften in Deutschland glaubten selbst die besten Köpfe in der Entente nicht mehr. In einem so uneinigen Volke wie dem deutschen schienen für heimliche Abteilungen alle Voraussetzungen. Der Vorwurf der Politisierung der Reichswehr sei ihm naturgemäß nicht erspart geblieben. Der Minister wies darauf hin, daß die Tatsache, daß in den vergangenen Jahren auch in der schwierigsten Zeit die Truppe nie den Händen ihrer Führer entglitten sei, alle Einwände gegenstandslos mache. Die Kernfrage des Verfalls der Wehrmacht sei die Verlorung der verabschiedeten Soldaten. Der Reichswehrminister richtete an alle Volksgenossen den Appell, an der Lösung dieses Problems mitzuarbeiten und schloß mit der Mahnung zur Einheit, zu der auch das im Voffe wuzelnde Heer beitragen werde. Die Ausführungen des Reichswehrministers wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die Finanzgebarung des Reichs

Nach der Überflus über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse für Februar beträgt die Summe der Einzahlungen 693 943 314 Reichsmark und die von April 1924 bis Februar 1925: 6 951 147 990 RM. Die Summe der Auszahlungen betrug im Februar 1925: 583 326 449 Reichsmark und 6 295 743 165 Reichsmark in der Zeit vom April 1924 bis Februar 1925. Weshin ergibt sich ein Überschuss von 110 616 865 Reichsmark im Februar 1925 und ein Überschuss von 655 404 822 Reichsmark in der Zeit vom April 1924 bis Februar 1925. Hierbei wurden die von dem Generalagenten für die Reparationszahlungen für die Zeit vom 21. Januar bis 20. Februar zurückverwiesenen Beträge mit rund 40,9 Millionen berücksichtigt. Die schwebende Schuld betrug am 28. Februar 15 765 048 160 Reichsmark.

Die Fristen der 3. Steuernotverordnung

Der Reichsrat erteilte am 13. März einem Gesetz über die Verlängerung der Fristen der dritten Steuernotverordnung seine Zustimmung. Nach dem Entwurf sollen die Fristen für die Stellung eines Antrages auf Erhebung des Aufwertungsbeitrages (§ 2, Absatz 1, Satz 3 der 3. Steuernotverordnung) und für die Anmeldung von Sparlassensgaben (§ 7, Absatz 1, Satz 1 der Verordnung) und für die Stellung eines Antrages auf Aufwertung einer hypothekarischen gesicherten Forderung, abweichend von dem Normalfall von 15 Prozent (§ 7, Absatz 3 der ersten Durchführungsverordnung) und für die Anmeldung eines Antrages auf Aufwertung umgelasteter Pfandbriefe (§ 15, Absatz 1, Satz 2 der 3. Durchführungsverordnung) weiter bis zum 30. Juni verlängert werden. Gleichzeitig soll der Zeitpunkt des Aufwertens des Gesetzes betr. die Aufwertung des Verlaßens vor den Gerichten und den Aufwertungsstellen vom 17. Februar (Reichsgesetzblatt 1, Seite 15) bis 30. Juni hinausgeschoben werden. Der Entwurf wurde dem Reichsrat angeleitet.

Im Nagelburger Prozeß

wurde am Samstag der frühere Vizelänger Bayer vernommen, der Ebert als einen durchaus vaterländisch gesinnenden Mann schilderte, der mit großem Eifer für die Bewilligung

der Kriegskredite eingetrennen sei. Zum Januarstreik erklärte er, es sei ihm nicht bekannt, daß bei den Zusammenkünften zwischen den Parteiführern und der Obersten Heeresleitung Ebert und Scheidemann mit der Nichtbewilligung der Kriegskredite gedroht hätten, falls die Heeresleitung der Friedensentscheidung nicht zustimme. Wenn in den Erinnerungen Scheidemanns das Gegenteil stehe, so müsse dieser darüber ja Auskunft geben können. — Scheidemann erklärt als Zeuge, daß sein Sozialdemokrat bei der Zusammenkunft diese Drohung ausgesprochen habe. — Der Zeuge Dittmann bezeugt, auch die H. S. F. habe den Standpunkt der Landesverteidigung eingenommen und erst später, als man die Überzeugung gehabt habe, die Heeresleitung wolle einen Eroberungskrieg führen, habe man die Kredite abgelehnt. Das in der Bremer Rüche beschlossene Flugblatt habe er verfaßt. In Aussagen des Zeugen Wallraf, des damaligen preussischen Staatssekretärs des Innern, erklärt Scheidemann, es sei unrichtig, wenn Wallraf sagte, die Deputation hätte mit ihm politische Verhandlungen verhandeln wollen. Vom ersten Augenblick an hätten sie Wallraf gebeten, über die Art und Weise, wie man aus dem Streik herauskommen könne, bezw. über Möglichkeiten, den Streikenden Gelegenheit zu Versammlungen zu verschaffen, zu verhandeln.

In der Nachmittags-Sitzung erklärte der Zeuge Dittmann u. a. weiter, daß die Mitglieder der Streikleitung über die Verfügung des Reichs sehr ungeduldet waren, weil es durch diese Verfügung unmöglich gemacht worden war, die Streikbewegung in geordneten Bahnen zu halten. Der Streik sei übrigens nicht in dem Sinn gedacht gewesen, daß durch ihn die weinischen Munitionsrüstungen Deutschlands gefährdet werden sollten. Es sollte ein kurzer Demonstrationstreik sein, zu dem Zweck, einen Druck auf die Regierung auszuüben, um sie zum Verzicht auf die Annullationspläne und zum Abschluß eines Verständigungsfriedens zu bewegen.

Die Unterfuchung der Finanzsachen

In der Samstag-Sitzung des preussischen Untersuchungsausschusses für die Vermögens-Aufsicht über den verstorbenen Leibarzt zunächst eine Reihe von Briefen zur Sache, u. a. einen von Barmat, in welchem letzterer mitteilt, daß er als stellvertretender Vorsitzender der Reichsfinanzstelle die sächsische Regierung vor Barmat gewarnt habe.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurden an den bereits früher vernommenen Reichsanwalt a. D. Bauer noch einige Fragen gerichtet, die mit dem Verlauf einer Margarinefabrik in Pöschelhof zusammenhängen. Diese von der Industrieabteilung des Reichswirtschaftsministeriums zum Verkauf gestellte Fabrik bewarb sich seinerzeit die Firma Maschinenfabrik Georg Müller. Jedoch wurde das Angebot dieser Firma vom Reichsfinanzministerium im Mai 1923 abgelehnt mit der Begründung, daß eine andere Verwendung der Fabrik stattdes. Hierzu erklärte Bauer, daß Barmat nicht hinter der Margarinefabrik gestanden habe, der in Form eines Kaufvertrages die Fabrik in Pöschelhof schließlich übertragen wurde. Der Verkauf an diese Firma, die „Dema“ sei nur eine Formaltat gewesen und eigentlich habe es sich um eine Fusion gehandelt, bei der das Reich anteilsweise Aktien bekam, die dem Werte seines Grundstückes entsprachen. Die Dema übernahm es, den Betrieb in Pöschelhof aufzunehmen. Erst später habe Barmat die Finanzierung übernommen, jedoch nie etwas von den Aktien bekommen. Bis Juli 1923 habe Barmat etwa 2 Millionen Kredit gewährt. Im Mai 1923 verhandelte Barmat mit der Staatsbank wegen eines Kredites an ihn in Höhe von 70 000 Mark.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen teilte Zeuge Robert Schmidt mit, daß er nach Informationen aus Generalschichtkreisen glaube positiv behaupten zu können, daß Barmat den Streik in Holland finanziell unterstützt habe. — Später kam es dann noch zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden Abg. S. a. n. g. und dem Abg. v. r. u. h. n. (Dt. Nat.), der erregt gegen den Vorwurf protestierte, verlässliche Informationen in der Presse veröffentlicht zu haben. Es handelt sich um einen an Minister Schmidt seinerzeit gerichteten Brief mit der Bitte um Geschäftsermittlung, den dieser (der Minister) gar nicht gelesen habe, da er im Büro geöffnet und als unerheblich den Ministern nicht vorgelegt wurde.

Im Reichstags-Untersuchungsausschuss befandete Geheimrat Meyer mann, Leiter der früheren Reichsfinanzstelle, daß im Juli 1919 für 8 Millionen Mark Geschäfte mit der Amerzima abgeschlossen wurden. Die Lieferungen hätten außerordentlich viel zu wünschen übrig gelassen. Der Zeuge schildert dann verschiedene andere unglückliche Erfahrungen mit der Amerzima, die die Finanzstelle betraut hatte, überhaupt prinzipiell mit der Amerzima keine Geschäfte zu machen. Er habe den Eindruck gehabt, daß die Firma Barmats bei den Lieferungen bevorzugt wurde. Darauf vertrat sich der Ausschuss bis zum 19. März.

Zum Eisenbahnerstreik

wird aus Berlin berichtet, daß sowohl bei der Reichsbahnverwaltung als auch bei den Gewerkschaften keine Neigung besteht, den am Freitag gefällten Schiedsspruch anzunehmen. Die Reichsbahnverwaltung macht geltend, daß sie die von dem Schiedsspruch festgesetzte Erhöhung der Löhne nicht tragen könne und daß ihr auch die Wiederinstellung der streikenden Arbeiter unmöglich sei. Die Gewerkschaften sind der Ansicht, daß in der Frage der Arbeitszeit nicht das erreicht wurde, was sie verlangen wollten. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird am heutigen Montag in einer Gesamtsitzung zu der durch den Schiedsspruch geschaffenen Lage Stellung nehmen. Wenn beide Parteien den Schiedsspruch ablehnen sollten, so wird am Mittwoch die Verbindlichkeitsklärung des Spruches folgen.

Eine Versammlung der streikenden Eisenbahner in Groß-Berlin nahm am Sonntag eine Entscheidung an, in der die Ablehnung des Schiedsspruches erklärt wurde. Außerdem wurde auch über mehrere von radikaler Seite eingebrachte Entschuldigungen, in denen die Ausrichtung des Generalstreikes gefordert wird, unter dem Druck der Versammlung abgestimmt und mit großer Mehrheit angenommen. — In einer Konferenz, die der Bezirksverband und Vertreter aller streikenden Ortsgruppen des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Bezirk Sachsen, am Sonntag in Dresden abhielt, wurde gleichfalls der gefällte Schiedsspruch abgelehnt und der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes beauftragt, den Kampf sofort wieder vorzubereiten. Ferner wurde beschlossen, daß kein Streikender im Bezirk Sachsen die Arbeit wieder aufnehmen dürfe, wenn die Reichsbahnverwaltung hierzu auffordern sollte.

Polnische Kundgebungen

22. B. Warschau, 16. März. Wegen der angeblichen Gefahr einer deutsch-polnischen Grenzverletzung zugunsten Polens hatte der Warschauer Magistrat eine große Kundgebung für die Unversehrtheit des polnischen Staates einberufen. Die Ablichtung eines starken Trupps von Demonstranten, vor der englischen Gesandtschaft eine feindliche Kundgebung zu veranstalten, wurde von der Polizei vereitelt. Vor der deutschen Gesandtschaft blieb alles ruhig. Auch in Katowitz, Abnitz und Larnowitz fanden große deutschfeindliche Kundgebungen statt. In Weden wurde verlangt, die Deutschen wenn nötig mit Gewalt aus Polen zu entfernen. In einem Demonstrationzug wurde ein Wagen mitgeführt, an dem eine lebensgroße Puppe in deutscher Uniform angeheftet war.

Der Urlaub der Reichsbeamten. Das Reichsministerium hat in seiner Sitzung vom 9. März auf Antrag des Reichsministers des Innern Richtlinien für die Erteilung des Erholungsurlaubs der Reichsbeamten erlassen. Hiernach beträgt der Erholungsurlaub im Rechnungsjahre 1923 in der Altersabteilung I (bis zu 30 Jahren), Altersabteilung II (30 bis 40 Jahre), Altersabteilung III (über 40 Jahre), für die Urlaubsklasse A (Besoldungsgruppe 1 bis 3) 16, 21 und 28 Kalendertage, Urlaubsklasse B (Besoldungsgruppe 4 bis 6) 18, 23 und 31 Kalendertage, Urlaubsklasse C (Besoldungsgruppe 7 bis 9) 21, 28 und 35 Kalendertage, Urlaubsklasse D (Besoldungsgruppe 10 bis 12) 25, 33 und 37 Kalendertage, Urlaubsklasse E (Besoldungsgruppe 13 und darüber) 29, 37 und 42 Kalendertage.

Ein Austritt aus der Deutschen Volkspartei. Frau Katharina v. Oheimb hat in einem Schreiben an den Parteivorstand der Deutschen Volkspartei ihren Austritt aus der Deutschen Volkspartei erklärt. Als Grund ihres Austritts teilt sie mit, daß die zweifelhafte Haltung der offiziellen Führung der Deutschen Volkspartei in der Frage der Reichspräsidentenwahl es ihr unmöglich mache, organisiertes Mitglied der Deutschen Volkspartei zu bleiben. Frau v. Oheimb bekennt sich nach wie vor zu den Grundgedanken der Partei. — Die „Zeit“ teilt dazu mit, daß Frau v. Oheimb durch ihren Austritt aus der Partei lediglich ihrem Ausschluss zugeworfen werden sei.

Kurze Nachrichten

Die Zahl der Todesopfer von Halle hat sich auf neun erhöht. Ein weiterer Fall ist hoffnungslos. Ob die Angestellten erschossen worden sind, steht noch nicht fest. — Am Sonntag kam es in Berlin-Neukölln zu Zusammenstößen mit demonstrierenden Kommunisten, wobei auf der Menge Schüsse fielen. Ein Demonstrant wurde tödlich verletzt.

Schiedsgerichtsvertrag mit Finnland. Im Auswärtigen Amt zu Berlin wurde am Sonntag ein allgemeiner Schiedsgerichtsvertrag mit Finnland unterzeichnet.

Der König von England unternahm am Sonntag seinen ersten Spaziergang seit seiner Erkrankung an Grippe und Bronchitis.

Badischer Teil

Der Badische Landeselektrizitäts- und Wasserwirtschaftsrat

trat am heutigen Montag vormittag 10.45 Uhr im Sitzungssaal des Landtags zu einer voraussichtlich zwei Tage währenden Tagung zusammen, die sich mit folgenden Gegenständen beschäftigen wird: Ausbau des Rheins zwischen Bodensee und Basel u. Badenregulierung, Regulierung des Rheins zwischen Basel und Straßburg und französischer Seitenkanal, Refertarisierung, Bau des Schlusseeverses, Prüfung der Stromleitungen und Hausinstallationen.

Finanzminister Dr. Köhler

eröffnete die Tagung mit Begrüßungsworten, wobei er darauf hinwies, daß der im Juli 1923 zum letztmalig zusammengelassenen Beirat die Aufgabe habe, das Ministerium zu beraten, Gutachten abzugeben sowie Wünsche und Anregungen zur Kenntnis zu bringen. Auf der letzten Tagung wurde ein allgemeines Programm entwickelt. In der Zwischenzeit sind die Arbeiten rüstig vorwärtsgedrungen und wir stehen heute an einem bedeutungsvollen Abschnitt der Wasser- und Elektrizitätswirtschaft unseres badischen Landes. Der alsbaldige Ausbau des Rheins vom Bodensee bis Basel ist sowohl nach der Seite der Schiffahrt wie der Kraftgewinnung eine der wichtigsten Aufgaben, die unserem badischen Land gestellt sind. Für den planmäßigen Ausbau der Strecke Basel-Konstanz sind bereits außerordentlich wichtige Fortschritte erzielt. Aber den Abschnitt Basel-Eglisau liegt bereits der ganze von der bad. Wasserbauverwaltung bearbeitete Entwurf vor. Die anderen beiden Abschnitte bis zum Bodensee werden zurzeit von den schweiz. Behörden geprüft. Im Zusammenhang damit steht der Bau des Schlusseeverses bereits mitten in einer großen öffentlichen Diskussion. Große Bedeutung über das Land Baden und das deutsche Vaterland hinaus hat die Schiffarmachung des Rheins von Basel bis Straßburg. Frankreich will einen großen Seitenkanal mit einer Anzahl von Kraftstufen herstellen. Die Schweiz sieht eine Regulierung des Rheins vor. Die Verhandlungen über diese beiden Projekte sind zurzeit in der Zentralkommission im Gange. Aber den Stand dieser außerordentlich wichtigen, aber auch außerordentlich schwierigen Frage wird man hier ein Referat hören. Sodann ist die Refertarisierung an einem gewissen Abschnitt angekommen. In dieser Angelegenheit wird sich der Beirat zu äußern haben, wie er sich zur Frage der Annullierung über Heidelberg hinaus stellt. Endlich ist die Frage der Stromleitungen und Hausinstallationen zu prüfen. Die bisherigen Verhältnisse auf diesem Gebiet sind unhaltbar und bedürfen dringend einer staatlichen Regelung, und es sollen grundlegende Vorschläge unterbreitet werden. Das Programm der Tagung ist somit ein außerordentlich reichhaltiges. Sie mögen daraus erkennen, daß die Aufgaben in der letzten Zeit sich gehäuft haben. Unsere badische Wirtschaft verlangt aber, daß ihre Lösung mit allen Kräften erstrbt wird. Kern an Kohlen und reich an hohen Eisenbahnfrachten hat die badische Wirtschaft außerordentlich schwer zu kämpfen. Wir müssen deshalb durch den Ausbau der Wasserstraßen und die Ausnutzung der Wasserkraften danach streben, zur Erhöhung der Produktion zu gelangen, eine leistungsfähige große Industrie, ein leistungsfähiges Metallgewerbe und Handwerk und zu schaffen. Eine wettaushauende Energie- und Wasserwirtschaft, die geleitet ist von dem Gedanken großer Wirtschaftlichkeit, wird das Ziel unserer Arbeit in den nächsten Jahren sein müssen. Baden ist im Verhältnis zu seiner Größe das an Wasserkräften reichste Land Deutschlands. Wir müssen und werden alles tun, um diese Kräfte unserer Volkswirtschaft auch entsprechend nutzbar zu machen. Dazu bedürfen wir der Kenntnisse und Erfahrungen der interessierten Kreise der Wirtschaft und der Wissenschaft. Der Finanzminister dankte zum Schluß seiner Ausführungen den Anwesenden für ihr zahlreiches Erscheinen und sprach den Wunsch aus, daß die Verhandlungen zum Heile unserer schönen Heimat gereichen mögen.

Baurat Altmeyer begann sodann das erste Referat über den Ausbau des Rheins zwischen Basel und Bodensee und die Badenregulierung.

Der Hagenschiefprozess

22. Karlsruhe, 16. März 1923. Am heutigen 11. Verhandlungstag wird zunächst der Anklagepunkt Preistreiberi behandelt.

Sonnef erklärt, er habe von der ihm erteilten Generalvollmacht, die nötigen Maschinen und Materialien zu beschaffen, keinen Gebrauch gemacht, vielmehr den einzelnen Bestellungen jeweils eine Anfrage bei der Siedlungsbank vorausgehen lassen. Abse bemerkt, es sei kein Auftrag hinausgegangen, ohne daß Wetterer dabei mitwirkte. Sonnef bestreitet, daß er der Bank alles mögliche aufgeschwatzt habe. Alle Maschinen seien in seiner Dinglinger Werkstätte vor Ablieferung an die Siedlungsbank repariert worden. Der Angeklagte wendet nun dann im einzelnen gegen die Kalkulation des Sachverständigen Raby. Dieser habe die Unkosten viel zu gering angeschlagen.

An Hand der von der Verteidigung vorgelegten Pläne für das nicht ausgeführte Sägewerk erinnern sich Auseinandersetzungen über die Zweckmäßigkeit der Anschaffungen und die Frage, ob und inwieweit die gestellten Preisforderungen berechtigt waren. Hierzu werden die Oberingenieure Gehsam und Joachim als Sachverständige gehört, ferner der Angeklagte Detert und Zeuge Wetterer.

Eine Berichtigung an die Mannheimer Arbeiterzeitung

An die Redaktion der „Arbeiterzeitung“ in Mannheim ist folgende Berichtigung gesandt worden:

In Nr. 62 Ihrer Ausgabe der „Arbeiterzeitung“ vom 14. März haben Sie unter der Überschrift: „Nemmel schließt die Wahlfreiheit“ eine Notiz gebracht, zu der ich Sie unter Hinweis auf § 11 des Pressegesetzes ersuche, folgende Berichtigung aufzunehmen:

Berichtigung.

1. Es ist unklar, daß die badische Justiz im Einvernehmen mit dem Innenministerium zur Erschöpfung der Wahlarbeit der A. B. D. Verhandlungen durchgeführt hat.
2. Wahr ist, daß der Innenminister von den Verhaftungen nichts wußte; wahr ist ferner, daß kriminelle Verfolgungen stets ohne Kenntnis des Innenministers durchgeführt werden. Zuständig für kriminelle Verfolgungen ist lediglich die Justizbehörde.

Aus der Landeshauptstadt

Feitschommene Falschmünzerbande. In der Nacht zum Sonntag wurde von der hiesigen Kriminalpolizei, unter Mitwirkung der Gendarmerie Ettlingen und Forstheim eine seit Weihnachten 1924 systematisch arbeitende Falschmünzerbande ermittelt, die nachstehenden Mitglieder festgenommen und in die Gefängnisse Karlsruhe, Ettlingen und Forstheim eingeliefert: Der verheiratete Graveur Hermann Effig aus Forstheim, wohnhaft in Ettlingen, dessen Ehefrau Maria geb. Mettenmaier, der Graveurlehrling Karl Kist aus Ettlingen, der Graveurlehrling Anton Scham aus Ettlingen, der Elektromonteur Richard Mettenmaier aus Ettlingen, der Graveur Fabrikant Ludwig Wurker und dessen Sohn Hermann Ludwig Wurker in Niefern. Die Herstellung des Geldes erfolgte in den Fabrikräumen des Wurker in Niefern. Angefertigt wurden Dreimarckstücke mit der Jahreszahl 1924 und dem Münzzeichen A. und G. Die Falschstücke sind so gut hergestellert, daß sie von den echten Stücken schwer zu unterscheiden sind. Auffällig dabei ist der hohe Silbergehalt und die scharfe Prägung. Nur ab und zu ist eine kaum auffallende Unebenheit wahrzunehmen. Sowie bis jetzt festgestellt werden konnte wurden ca. 1000 Falschstücke veräußert. Als Ausgaborte kamen hauptsächlich Karlsruhe, Durlach, Forstheim und Ettlingen in Betracht. Als Veräußerer benutzte der schon mit Zuchthaus vorbestrafte Effig die ihm früher unterstellt gewesenen Graveurlehrlinge Kist und Scham, die er für ihre Dienste schlecht bezahlte. Als Ausgaborte wurden hauptsächlich die Freitage und Samstage benutzt, und es wurden meistens kleinere Kaufleute heimgeführt. Zahlreiches Material und die zur Herstellung benutzten Werkzeuge usw. wurden beschlagnahmt.

Landestheater. Die Uraufführung des Dramas „Der arme Vetter“ von Ernst Barlach findet nunmehr am Mittwoch, den 18. März, statt. Die Vertreter der Hauptrollen dieses Werks, in dem der Wille zu weentlichen Sein aus selbstvollem Erleben einer gottfernen Zeit zu gelastenden Ausdruck ringt, sind die Damen Berlow, Noorman, Genter und die Herren Dahlen, Gübner, von der Trend-Altici, Klocke, Müller, Prätor, Felix Baumbach hat die Spielleitung. Die neuen Bühnenbilder wurden von Emil Burkard hergeleitet. — Die Vorstellung beginnt um sieben Uhr. — Am Freitag, den 20. März, gelangt für die zu Ostern ihre Schulpflicht beendenden Volksschüler Schillers „Wilhelm Tell“ zum erstenmal zur Wiederaufführung. Lessings Lustspiel „Minna von Barnhelm“ geht am Samstag, den 21. März, zum drittenmal in Szene. — Im Konzertsaal wird am Sonntag, den 22. März, Hermann Sudermanns neuinszenierte Komödie „Die Schmetterlingsflucht“ zum erstenmal wiederholt. — Die Vorproben zur Neuaufführung des zweiten Teils von Goethes „Faust“ haben bereits begonnen.

Verschiedenes

Das Ergebnis der Deutschlandfahrt 1923 wurde Sonntagabend in Köln bekannt gegeben. Vier Motorradfahrer, die vollkommen strafpunktfrei alle Etappen zurücklegten, wurden mit der großen goldenen Medaille ausgezeichnet. Die Namen sind: 1. Geiß aus Forstheim auf D. R. W. 2. Kolmsberg aus Pfarrkirchen auf Hündapp. 3. Dachtler aus Stutthart auf Mauer. 4. Brubus aus Nürnberg auf Victoria. Zu den ersten Siegern gehört auch der Schwabe Erikson auf Husqvarna mit 0 Strafpunkten. Er erhält die große goldene Medaille.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	20. März		14. März	
	Mark	Reich	Mark	Reich
Amsterdam 100 G.	167.86	168.28	167.79	168.21
Kopenhagen 100 Kr.	75.83	76.01	75.71	75.89
Italien . . . 100 L.	17.12	17.16	17.075	17.115
London . . . 1 Pf.	20.098	20.148	20.077	20.127
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.565	21.625	21.63	21.69
Schwiz . . . 100 Fr.	80.88	81.18	80.93	81.18
Wien 100 Schilling	59.125	59.265	59.105	59.245
Brag . . . 100 Kr.	12.447	12.487	12.448	12.488

Veröffentlichung über den 100 Prozent

Vörrach. 3.82
Handelsregistervertrag
A IV O.-Z. 152, G. P.
Ludwig Ebel, Galingen.
Inhaber ist Carl Friedrich
Ludwig Ebel, Kaufmann
in Galingen.
Vörrach, 6. März 1925.
Bad. Amtsgericht I.

Vörrach. 3.84
Handelsregistervertrag
A IV O.-Z. 117 Schmidt
& Co. Vörrach: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst. Die
Firma ist erloschen.
Vörrach, 6. März 1925.
Bad. Amtsgericht I.

Mannheim. 3.468
Zum Handelsregister B
Band XX O.-Z. 41, Firma
„Verbandsbank Gesell-
schaft mit beschränkter
Haftung“ in Mannheim,
wurde heute eingetragen:
Durch Beschluß der Ge-
sellschafterversammlung
vom 9. Jan. 1925 ist das
Stammkapital auf 21 000
R.-M. umgestellt und der
Gesellschaftsvertrag in § 3
entsprechend der einge-
reichten Niederschrift, auf
die Bezug genommen
wird, geändert worden.
Mannheim, 27. Jan. 1925.
Bad. Amtsgericht D. B.
Abt. f. Registerwesen.

Mannheim. 3.469
Zum Handelsregister B
Band XXVI O.-Z. 24,
Firma „Gebrüder Wil-
helm Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung“ in
Mannheim, wurde heute
eingetragen: Durch Be-
schluß der Gesellschafter-
versammlung vom 14. Janu-
ar 1925 ist das Stamm-
kapital von 250 000 R. auf
25 000 Reichsmark umge-
stellt u. der Gesellschafts-
vertrag in § 2 (Stamm-
kapital) entsprechend der
eingereichten Niederschrift

Mannheim. 3.470
Zum Handelsregister B
Band XVII O.-Z. 56,
Firma „Faserstoff-Werke
Theodor Landauer Gesell-
schaft mit beschränkter
Haftung“ in Mannheim,
wurde heute eingetragen:
Auf Grund d. Beschlusses
der Gesellschafterversam-
lung vom 8. Januar 1925
ist das Stammkapital von
800 000 Mark auf 100 000
R.-M. umgestellt und der
Gesellschaftsvertrag ent-
sprechend der eingereich-
ten Niederschrift, auf die
Bezug genommen wird,
geändert worden.
Mannheim, 28. Jan. 1925.
Bad. Amtsgericht D. B.
Abt. f. Registerwesen.

Mannheim. 3.471
Zum Handelsregister A
wurde heute eingetragen:
1. Band VII O.-Z. 14,
Firma „Adolf Kraus“ in
Mannheim: Die Gesell-
schaft ist aufgelöst und das
Geschäft mit Aktien und
Passiven und samt der
Firma auf den Gesell-
schafter Kaufmann Felix
Kraus, Mannheim, als al-
leinigen Inhaber überge-
gangen, der es unter der
bisherigen Firma weiter-
führt. Die Procura des
Friedrich Ambs, Mann-
heim, besteht fort.
2. Band X O.-Z. 220,
Firma „Jacob Hertel“ in
Schriesheim: Die Firma
ist erloschen.
3. Band XVII O.-Z. 102,
Firma „Carl Dauth“ in
Mannheim: Die Firma
ist erloschen.
4. Band XVII O.-Z. 181,
Firma „Goldbach &
Leberer“ in Mannheim:
Die Firma ist erloschen.
5. Band XXIV O.-Z. 31,
Firma „Wilhelm Ge-
rig“ in Mannheim: Die
Firma ist geändert in:
Gehrig & Sohn. Kauf-
mann Rudolf Sohn,
Mannheim, ist in das Ge-
schäft als persönlich haf-
tender Gesellschafter ein-
getreten. Die offene Han-
delsgesellschaft hat am 1.
Januar 1925 begonnen.
6. Band XXV O.-Z. 146,
Firma „Hermann
Ruf“ in Mannheim: Die
Firma ist geändert in:
„Hermann Ruf, Elektro-
Großhandel, Werkstätten
für alte und neue Be-
leuchtungskunst“.
7. Band XXV O.-Z. 153,
Firma „Franz Carl“ in
Mannheim. Inhaber ist

Franz Carl, Kaufmann,
Mannheim.
8. Band XXV O.-Z. 154
Firma „Johann Hertel“,
in Schriesheim. Inhaber
ist Johann Hertel, Kauf-
mann, Schriesheim.
9. Band XXV O.-Z. 155
Firma „Geller & Co.,
Dachbedeckerei, Hauspöngle-
rei, Installationsgeschäft,
Wassableiter“ in Mann-
heim. Persönlich haftende
Gesellschafter sind Schiff-
kapitän Otto Geller Wit-
we, Wilhelmine geb. Ven-
zinger, Mannheim, Eisen-
bahnsekretär a. D. Wil-
helm Dufcher, Heidelberg.
Die offene Handelsgesell-
schaft hat am 10. August
1924 begonnen. Dem Otto
Geller, Mannheim, ist
Procura erteilt.

10. Band XXV O.-Z. 156,
Firma „Gebrüder
Kothermel“ in Mannheim-
Waldhof. Persönlich haf-
tende Gesellschafter sind
Peter Wilhelm Kothermel,
Kaufmann, Mannheim-
Waldhof, Hans Kothermel,
Kaufmann, Mannheim-
Waldhof. Die offene
Handelsgesellschaft hat
am 20. Januar 1925 be-
gonnen.
11. Band XXV O.-Z. 157,
Firma „Weber &
Gutheil“ in Mannheim.
Persönlich haftende Ge-
sellschafter sind Leonhard
Weber, Kaufmann, Mann-
heim, Robert Gutheil,
Kaufmann, Mannheim.
Die offene Handelsgesell-
schaft hat am 19. Januar
1925 begonnen.
12. Band XXV O.-Z. 158,
Firma „Friedrich
Holzwarth“ in Mannheim.
Inhaber ist Friedrich
Holzwarth, Kaufmann,
Heidelberg. Der Ort der
Niederlassung war bisher
Heidelberg.

13. Band XXV O.-Z. 159,
Firma „Friedrich
Wöringer“ in Mannheim.
Inhaber ist Friedrich Wör-
inger, Kaufmann, Mann-
heim.
14. Band XXV O.-Z. 160,
Firma „Edmund
Dahms, Textilwaren“ in
Mannheim. Inhaber ist
Edmund Dahms, Kauf-
mann, Mannheim.
Mannheim, 31. Jan. 1925.
Bad. Amtsgericht D. B.
Abt. f. Registerwesen.

Mannheim. 3.462
Zum Handelsregister B
Band XXIX O.-Z. 70
wurde heute die Firma
„Staubitz u. Gräffer Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung“ in Mannheim
eingetragen. Der Gesell-
schaftsvertrag der Gesell-
schaft ist am 12. Janu-
ar 1925 festgesetzt. Gegen-
stand des Unternehmens
ist der Ankauf und Ver-
kauf von Kraftfahrzeugen,
von Zubehörsachen für die-
selben, Ausstattungsgegen-
ständen zu denselben. Die
Gesellschaft kann sich auch
mit der Beschaffung und
der Erzeugung von diesen
und ähnlichen Zwecken die-
nenden Maschinen und
Zubehörsachen befassen.
Sie kann sich bei Unter-
nehmungen beteiligen,
auch solche erwerben, auch
wenn solche nicht in un-
mittelbarem Zusammen-
hang mit den Hauptpro-
dukten oder sonstigen Er-
zeugnissen stehen. Das
Stammkapital beträgt
5000 Reichsmark. Karl
Staubitz, Kaufmann,
Mannheim, Willi Gräffer,
Kaufmann, Mannheim,
sind Geschäftsführer. Der
Gesellschaftsvertrag kann
jeweils 6 Monate vor Ab-
lauf des Geschäftsjahres
gekündigt werden. Als
nicht eingetragen wird ver-
öffentlicht: Die Bekannt-
machungen der Gesellschaft
erfolgen durch den deut-
schen Reichsanzeiger. Das
Geschäftslokal befindet sich
Erlbacherstr. 5.
Mannheim, d. 6. 2. 25.
Bad. Amtsgericht D. B.
Abt. f. Registerwesen.

Mannheim. 3.587
Zum Handelsregister B
Band XXIII O.-Z. 39,
Firma „Vereinigte Bedel-
bronner Ölbergwerke, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung“ in Mannheim
wurde heute eingetragen:

Die Procura des Dr.
Friedrich Groß ist erlo-
schen.
Mannheim, d. 9. 2. 25.
Bad. Amtsgericht D. B.
Abt. f. Registerwesen.

Mannheim. 3.588
Zum Handelsregister B
Band XXVIII O.-Z. 51,
Firma „Phoenix“ Kohlen-
handelsgesellschaft mit be-
schränkter Haftung, Köln,
Zweigniederlassung Mann-
heim“ in Mannheim,
Zweigniederlassung Sitz
Köln, wurde heute einge-
tragen: Dr. jur. Robert
Ruh Mannheim-Rheinau,
ist auf den Geschäftsbet-
rieb der Niederlassung
Mannheim beschränkt.
Mannheim, d. 9. 2. 25.
Bad. Amtsgericht D. B.
Abt. f. Registerwesen.

Offenburg. 3.24
Handelsregister Abt. B
Bd. I O.-Z. 71: Heinrich
Schindler Gesellschaft mit
beschränkter Haftung in
Durbach bei Offenburg.
Gegenstand des Unterneh-
mens ist: a) Die Über-
nahme und Fortführung
des unter der Firma
Heinrich Schindler in
Durbach bisher betriebe-
nen Unternehmens, b)
Der Weinbau, die Her-
stellung von Weinen,
Branntweinen, Weindestil-
lation, Spirituosen und
Likören und der Handel
mit diesen Erzeugnissen.
c) Die Beteiligung an
gleichen oder ähnlichen
Unternehmungen.
Stammkapital 50 000
Goldmark. Geschäftsfüh-
rer ist Kaufmann Hei-
nrich Schindler in Durbach.
Gesellschaftsvertrag vom
9. Dezember 1924. Hei-
nrich Schindler leistet fol-
gende Sacheinlagen, in-
dem er in Anrechnung
auf die Einlage sein ge-
samtes bisher unter der
Firma Heinrich Schindler
in Durbach betriebenes
Unternehmen mit allen
Aktiven, insbesondere mit
seinem im Grundbuche
von Durbach eingetragenen
Hofgut und allen
Passiven und dem Rechte
zur Fortführung der Firma
in die Gesellschaft ein-
bringt. Der Wert dieser
Sacheinlage beträgt
25 000 Goldmark.
Offenburg, 17. Jan. 1925.
Bad. Amtsgericht I.

Offenburg. 3.25
Handelsregister A Bd.
II O.-Z. 98 zu Firma
„Vergroßhandlung Kauf-
haus Karl Wörter“. Die
Procura des Kaufmanns
Hans Kramer ist erlo-
schen.
Offenburg, 28. Febr. 1925.
Bad. Amtsgericht I.

Forzheim. 3.472
Handelsregisterträge:
1. Firma Gustav Gille
Woe. in Forzheim, Car-
lierstr. 24: Die Inhaberin
ist mit Steuerinspektor
Karl Meier in Forzheim
verheiratet.
2. Firma Pürstler &
Wirth in Forzheim, Lun-
nestr. 71: Die Gesellschaft
ist aufgelöst. Der bishe-
rige Gesellschafter Arthur
Bath ist alleiniger Inha-
ber der Firma. Die Procura
des Hans Kirchner
besteht fort.
3. Firma Anton Weiß
& Cie. in Forzheim, Kall-
harbstr. 3: Dem Jrl. Meta

Stein in Forzheim ist
Einzelprowa erteilt.
4. Firma Donatus We-
ber in Forzheim: Dem
Kaufmann Paul Weber
in Forzheim ist Einzel-
procura erteilt.
5. Die Firma Mag. G.
Zaeckle in Forzheim ist
erloschen.
6. Firma Manskopf &
Söhne in Frankfurt a. M.
Zweighaus Forzheim in
Forzheim: Die Procura
des Hans Holtmann in
Forzheim besteht fort.
7. Firma Otto Sommer
& Co. in Forzheim,
Weichstr. 32: Kaufmann
Sugo Eitel in Forzheim
ist in die Gesellschaft als
persönlich haftender Ge-
sellschafter eingetreten.
8. Die Firma Gustav
Kerner in Forzheim
erloschen.
9. Firma Wils. Biegler
in Forzheim, weßl. Nr.
79: Rabbinant Wilhelm
Biegler ist durch Tod aus
der Gesellschaft ausgeschie-
den und Fabrikant Oskar
Biegler in Forzheim ist
in die Gesellschaft als per-
sönlich haftender Gesell-
schafter eingetreten.
Amtsgericht Forzheim.

Radolfzell. 3.54
Handelsregister A II
O.-Z. 131: Franz Maurer
in Singen; Inhaber
Franz Maurer, Wäcker-
meister dafelbst. Geschäfts-
zweige Klein- und Groß-
handel mit Mehl und
Futtermitteln.
Radolfzell, 7. März 1925.
Bad. Amtsgericht.

Radolfzell. 3.35
Handelsregister A Bd.
II O.-Z. 188: Clemens
Vermann Liebe in Ra-
statt. Die Firma ist er-
loschen. 4. März 1925.
Amtsgericht.

Rastatt. 3.73
Handelsregister A:
Karl Albert Kohlbecker
in Gaggenau. Die Firma
ist erloschen. 12. März
1925. Amtsgericht.

Säckingen. 3.57
Bekanntmachungen aus
dem Handelsregister B
Band I des Amtsgerichts
Schönau:
Ju O.-Z. 10: Spinnerei
u. Weberei Tobinau G.
m. b. H. in Tobinau.
Otto Schmitt, Kaufmann
in Tobinau, ist als Ge-
schäftsführer der Gesell-
schaft ausgeschieden.
26. Februar 1925.
Ju O.-Z. 2: Katholi-
sches Vereinshaus Zell i.
M., G. m. b. H. in Zell.
Durch Generalversam-
lungsbeschluss vom 2. Fe-
bruar 1925 wurde a) das
Stammkapital auf 15 000
RM. umgestellt und Arti-
kel 4 der Statuten dem-
entsprechend geändert; b)
Kaufmann Josef Vogz in
Zell als Geschäftsführer
bestellt und die Beendi-
gung der Vertretungsbe-
fugnis des zurückgetre-
tenen Kaufmanns Ferdin-
and Ritter in Zell be-
schlossen. 3. März 1925.
Rastatt. 3.85
Handelsregister B Bd.
II O.-Z. 15: Stierlen-
Werke Aktiengesellschaft
in Rastatt. Gemäß dem
Beschlüsse der Generalver-
sammlung vom 8. Juli 1924
ist das Grundkapital von
20 000 000 RM. auf

800 000 Reichsmark umge-
stellt, eingeteilt in 2000
vollbezahlte auf den Inha-
ber lautende Aktien von je
400 RM. Nr. 1-2000 und
der Gesellschaftsvertrag in
§ 4 Satz 1 entsprechend
der eingereichten Nieder-
schrift auf welche Bezug
genommen wird, geändert.
Rastatt, 10. März 1925.
Amtsgericht.

Schopfheim. 3.55
Handelsregister A O.-Z.
156 Firma „Gebrüder
Eichin, Holzhandlung in
Wiesle“. Offene Handelsge-
sellschaft. Die Gesellschaft hat
am 1. Januar 1925 be-
gonnen. Gesellschafter
sind: Fritz Eichin, Holz-
händler in Wiesle, Al-
bert Eichin, Holzhändler
in Legernau und Fried-
rich Eichin, Holzhändler
in Wiesle.
Schopfheim, 12. März 1925.
Bad. Amtsgericht.

Schweigen. 3.74
Handelsregistervertrag
Abt. B zu O.-Z. 29:
Schwanen-Brauerei
Kleinschmitt Aktiengesell-
schaft in Schweigen.
Durch Beschluß der Ge-
neralversammlung vom
23. Februar 1925 ist das
Grundkapital auf 500 000
RM. umgestellt. Die Um-
stellung ist vollzogen. Der
Gesellschaftsvertrag nach
Maggabe der eingereich-
ten Urkunde, auf die Be-
zug genommen wird, ge-
ändert. Das Grundkapital
ist eingeteilt in 190 auf
den Namen lautende Ak-
tien zu je 500 RM. und 90
Aktien zu 5000 RM.
Schweigen, 10. März 1925.
Amtsgericht I.

Willingen. 3.14
Ju O.-Z. 42 des Han-
delsregisters A Band II
Firma „Willy Gerber &
Co., Kommanditgesellschaft“
in Willingen wurde heute
eingetragen:
Die Firma ist geändert
in: „Uhrenfabrik Lohrer-
hof Willy Gerber & Co.,
Kommanditgesellschaft in
Willingen“. Es sind wei-
tere 48 Kommanditisten
bestellt.
Willingen, 6. März 1925.
Bad. Amtsgericht
Gerichtsschreiberei.

Willingen. 3.15
Ju O.-Z. 38 des Han-
delsregisters A Bd. II
Firma „Uhrenindustrie
Willingen Wilhelm Schleis“
wurde heute eingetragen:
Die Firma ist erloschen.
Willingen, 6. März 1925.
Bad. Amtsgericht
Gerichtsschreiberei.

Willingen. 3.16
Unter O.-Z. 51 des
Handelsregisters A Bd. II
wurde heute eingetragen:
Firma „Hilf-Willem
Biltingen Otto Schmid“. In-
haber der Firma ist Otto
Schmid, Kaufmann in
Willingen.
Willingen, 9. März 1925.
Bad. Amtsgericht I
Gerichtsschreiberei.

Willingen. 3.17
Unter O.-Z. 52 des
Handelsregisters A Bd. II
wurde heute eingetragen:
Firma „Rudolf Scholl,
Uhren-Export-Versand in

Willingen i. B. (Schwarz-
wald). Inhaber der Fir-
ma ist Rudolf Scholl,
Kaufmann in Willingen.
Willingen, 9. März 1925.
Bad. Amtsgericht I
Gerichtsschreiberei.

Willingen. 3.56
Ju O.-Z. 42 des Han-
delsregisters B Band I
Firma „Kaufmann A. G.“
in Willingen wurde heute
eingetragen:
Albert Köllner ist als
Vorstandsmitglied abberu-
fen. Daniel Göbel, Pro-
kurist in Baden-Baden, ist
als Vorstandsmitglied be-
stellt. Er ist berechtigt, ge-
meinschaftlich mit einem
zweiten Vorstandsmitglied
oder einem Prokuristen
die Firma zu zeichnen.
Willingen, 4. März 1925.
Bad. Amtsgericht I
Gerichtsschreiberei.

Wertheim. 3.78
Handelsregistervertrag
Abt. A O.-Z. 195: Firma
Philipp Deber in Wert-
heim: Die Firma ist er-
loschen.
Handelsregistervertrag
Abt. A O.-Z. 218: Firma
„Jakob Apfel & Co.“ in
Wertheim. Inhaber Ja-
kob Apfel, Kaufmann und
Karl Vogt, Kaufmann,
beide in Wertheim.
Offene Handelsgesellschaft.
Die Gesellschaft hat am
1. Januar 1925 begonnen.
Zur Vertretung der Ge-
sellschaft ist jeder Gesell-
schafter allein ermächtigt.
Geschäftszweig: Gewürz-
und Darmhandlung.
Wertheim, 10. März 1925.
Amtsgericht.

Wolfsach. 3.86
In das Genossenschafts-
register Band I O.-Z. 1
wurde bei „Vereinsbank
Schiltach, eingetragene
Genossenschaft mit be-
schränkter Haftpflicht“ ein-
getragen: In der General-
versammlung vom 31.
Juli 1924 wurden die al-
ten Geschäftsanteile zu
einem Anteil zusammen-
gelegt. Der neue Stamm-
anteil beträgt für ein Mit-
glied 800 RM., die Kap-
summe für ein Mitglied
600 RM.
Wolfsach, 13. März 1925.
Amtsgericht.

Wolfsach. 3.11
Ju O.-Z. 42 des Han-
delsregisters A Bd. II
Firma „Willy Gerber &
Co., Kommanditgesellschaft“
in Willingen wurde heute
eingetragen:
Die Firma ist geändert
in: „Uhrenfabrik Lohrer-
hof Willy Gerber & Co.,
Kommanditgesellschaft in
Willingen“. Es sind wei-
tere 48 Kommanditisten
bestellt.
Willingen, 6. März 1925.
Bad. Amtsgericht
Gerichtsschreiberei.

Wolfsach. 3.18
Unter O.-Z. 51 des
Handelsregisters A Bd. II
wurde heute eingetragen:
Firma „Hilf-Willem
Biltingen Otto Schmid“. In-
haber der Firma ist Otto
Schmid, Kaufmann in
Willingen.
Willingen, 9. März 1925.
Bad. Amtsgericht I
Gerichtsschreiberei.

Wolfsach. 3.17
Unter O.-Z. 52 des
Handelsregisters A Bd. II
wurde heute eingetragen:
Firma „Rudolf Scholl,
Uhren-Export-Versand in

Errungenschaftsgemein-
schaft. Das jegige und
künftige Einbringen der
Dreuz ist Vorbehaltsgut.
4. März 1925.
Band II Nr. 446. Max
Malbader, Händler in
Steinach, und Josefine
geb. Neumaier. Vertrag
vom 29. Januar 1925;
Gütertrennung. 6. März
1925.
Wolfsach, 6. März 1925.
Amtsgericht.

Vereinsregister.
Mannheim. 3.87
Zum Vereinsregister
Band X O.-Z. 40 wurde
heute eingetragen: „Ver-
ein für Arbeiterwohlfahrt
Mannheim“ in Mann-
heim.
Mannheim, 2. März 1925.
Amtsgericht.

Ettlingen. 3.12
Vereinsregister O.-Z.
31: Ettlinger Baugilde in
Ettlingen.
Ettlingen, 6. März 1925.
Amtsgericht.

**Mandollnen v. 12 R. an,
Sitarren v. 20 R. an,
Lauten v. 30 R. an,
Zithern i. Kt. v. 25 R. an,
Violinen i. Kt. v. 25 R. an,
Tragbänder, Laifen,
Saiten liefert gut u. billig
Oskar Mühlhale, Karlsruher i. Baden,
Rulihthstraße 14. 170**

**Aufpolstern
von Matratzen und
Divans etc. sowie Renan-
fertigung besorgt reell u.
billig
E 100**
Albert Ernst, Tapezier
Steinbr. 21
3.68 Karlsruhe. Das
Konkursverfahren über
das Vermögen des Ban-
kiers Erich Bühler hier
wurde mangels Masse
eingestellt. Termin zur
Abnahme der Schlussrech-
nung und zur Beschluß-
fassung über die nicht
verwertbaren Vermögens-
stücke wurde bestimmt
auf: Mittwoch, den 1.
April 1925, Nachmittags
5 Uhr, Zimmer 131 vor
dem Amtsgericht Karlsru-
he. Die Gebühren des
Konkursverfahrens wu-
den auf 5000 RM. fest-
gesetzt. Karlsruhe, den
10. März 1925. Gerichts-
schreiberei Bad. Amts-
gerichts A I.

Harmonium
2 Reg. - Mark 220.-
9 Reg. - Mark 275.-
13 Reg. - Mark 380.-
Zahlungserleichterung
Frankfurter
Pianohaus Lang
Kaiserstraße 167/1
Salamanderbuchhaus
Telephon 1073 948

**Badisches
Landestheater**
Dienstag, den 17. März 1925
E 18. 7.6. 1501-2000.
Bollschuhne Sondernagel
Intermezzo.
Eine bürgerliche Komödie mit
musikalischen Intermezzen
in zwei Aufzügen von R. Strauß
Musikal. Leitung: A. Dornig
In Szene gef. von Carl Stang
Personen:
Christine v. Hartungen a. G.
Der kleine Franz! Baler
Hoffkapellm. A. Storch Barth
Anna Böhler
Baron Lummer Balde
Der Notar Lander
Seine Frau Jendel
Kapellm. Groß Peter
Ein Kommerzienrat Döfer
Ein Justizrat Lothinger
Ein Kammerjänger Stach
Hoff Mosel-Zemisch
Anfang 7 Uhr Ende 10 Uhr
Preise: Sperrst. 1. Abt. 7.-1. Abt.



Wir pflegen alle Zweige des bankgeschäf-
lichen Verkehrs und sichern pünktliche
Erlösbildung der uns erteilten Aufträge zu.
Für Spareinlagen gewähren
wir bestmögliche Verzinsung.

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe
mit Depositentkassen am Bahnhofplatz und Niederlassung in Mühlburg.

Druck G. Braun, Karlsruhe.